

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Landesorganisation Hamburg**

**a.o. LPT 26.10.2018  
EUROPA**

	<b>Antragsteller</b>	<b>Überschrift</b>	<b>Beschlusstext</b>
Eur1	<i>Kreis III Eimsbüttel</i>	Engagement für die Europawahlen 2019 jetzt beginnen!	<p>Annahme</p> <p>Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Wir fordern die Landespartei auf,</p> <p>1. sich bei der Bundespartei dafür einzusetzen, dass diese für den Europawahlkampf ihr inhaltliches und finanzielles Engagement gerade auch in Hinblick auf die Arbeit der Partei in den Landesverbänden deutlich stärkt und die Gliederungen angemessen ausstattet;</p> <p>2. selbst die Vorbereitungen für die Europawahlen mit einer Vielzahl von öffentlichen und parteiinternen Veranstaltungen, mit Informationen für die Gliederungen und mit entsprechenden Wahlkampfseminaren für Parteimitglieder spätestens Anfang 2019 zu starten;</p> <p>3. sich dafür einzusetzen dass sie selbst und die Hamburger Gliederungen den Hamburger Europakandidaten bei seinem Engagement in einem Wahlkampf vor Ort umfassend unterstützen.“</p>
Eur2	<i>Kreis III Eimsbüttel</i>	Europawahl 2019: Geschlechtergerechtigkeit und Frauen stärken I	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Der SPD-Landesparteitag möge beschließen zur Weiterleitung an den Bundesparteitag:</p> <p>Die SPD setzt sich dafür ein, dass:</p> <p>- auch Deutschland setzt sich für die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen der Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung</p>

			<p>von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) ein und für das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Gleichzeitig sollen europaweit öffentliche Kampagnen durchgeführt werden, die zum Ziel haben, Europa zu einer gewaltfreien Zone zu erklären: Nein heißt Nein!</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ämter und Funktionen in allen europäischen Institutionen, Organen und Agenturen sollen paritätisch besetzt werden.</li> <li>- die Führungspositionen in Aufsichtsräten und Vorständen der börsennotierten Unternehmen mit mindestens 40% für Frauen quotiert werden und allen großen und mittleren Unternehmen jährliche Gleichstellungsberichte und Gleichstellungspläne sind.- die Europäische Kommission soll ein Kommissionsmitglied berufen, das für Fragen der Geschlechtergerechtigkeit verantwortlich ist.“</li> </ul>
Eur3	<i>Kreis III Eimsbüttel</i>	Europawahl 2019: Geschlechtergerechtigkeit und Frauen stärken II	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Der SPD-Landesparteitag möge beschließen zur Weiterleitung an den Bundesparteitag:</p> <p>Die SPD setzt sich dafür ein, dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die EU eine Mutterschaftsurlaubsrichtlinie verabschiedet, die den bezahlten Mutterschaftsurlaub europaweit einheitlich festlegt auf bis zu 20 Wochen erhöht</li> <li>- Die EU durch eine neue Elternurlaubsrichtlinie dazu beiträgt, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert wird. Dazu bedarf es eines einjährigen bezahlten Elternurlaubs, der zwischen den Partner aufgeteilt werden muss.</li> <li>- zur Durchsetzung der Lohngleichheit von Frau und Mann eine Transparenzrichtlinie mit Beschwerdemöglichkeiten geschaffen wird.</li> </ul>

			Dazu sollte ein Verbandsklagerecht zugunsten der Gewerkschaften eingeführt werden, damit die Unterstützung der Lohngleichheit durchgesetzt werden kann.
Eur4	<i>Kreis II Altona</i>	Solidarische Bundesliste zur Europawahl 2019	<p>Annahme</p> <p>Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Parteivorstand beschließen:</p> <p>Die ersten 16 Plätze der SPD-Bundesliste zur Europawahl sollen mit 16 Kandidat*innen aus 16 Bundesländern, d. h. aus allen 16 SPD-Landesverbänden, besetzt werden.</p>
Eur5	<i>Kreis II Altona</i>	Wirtschafts- und finanzpolitische Botschaften zur Zukunft Europas	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die Europa-Wahlen 2019 sind eine gewaltige Herausforderung für die Sozialdemokratie. Die multilaterale Weltordnung, die auf Kooperation und gemeinsame Werte setzt, ist aus den Fugen geraten. Die Zahl autoritärer Regime nimmt zu, Menschenrechte und Rechtsstaat sind in Gefahr – in der Welt, aber auch in Europa. Rechtspopulistische und nationalistische Bewegungen haben in vielen Ländern stark an Einfluss gewonnen. Zunehmend gilt wieder das Recht des Stärkeren, nicht die Stärke des Rechts.</p> <p>Auf diese Entwicklung und auf „America First“ muss die Europäische Union durch die Vertiefung der europäischen Integration eine starke Antwort geben und mit ihren internationalen Partnern Zeichen setzen. Die Zustimmung in der Bevölkerung zum europäischen Integrationsprojekt war lange nicht so hoch wie jetzt. Viele sehen in der europäischen Integration einen Ausweg aus der beunruhigenden und unsicheren Weltentwicklung.</p> <p>Dazu beizutragen, kann der SPD mit zwei Grundpositionen gelingen:</p>

			<p>1. Wir formulieren ein Zukunftsbild von Europa, das auf die Überwindung von sozialer Ungleichheit, auf gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung, auf Solidarität und Menschlichkeit sowie auf mehr Demokratie in und für Europa setzt.</p> <p>2. Wir treten dafür ein, dass Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU seinen eigenen Beitrag leistet, um die wirtschaftlichen Krisenursachen anzugehen und die gemeinsame Währung zu stabilisieren.</p> <p><b>Unsere Positionen zum zukünftigen Weg Europas</b></p> <p>Wir fordern eine weitere Demokratisierung der europäischen Institutionen und eine solidarische Wirtschafts- und Sozialpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen den Abbau der sozialen Ungleichheit in Europa – d.h. vor allem von Armut und Jugendarbeitslosigkeit – in das Zentrum der Politik rücken. Grundlegendes Ziel muss eine langfristige Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa sein. Die Gemeinschaft kann dazu mit wirksamen Investitionsprogrammen und Bildungsinitiativen zur Förderung von Produktivität und Innovation beitragen. Insbesondere sollte die duale Ausbildung in Europa weiter ausgebaut und ihr Abschluss im Vergleich zu einem akademischen Abschluss aufgewertet werden.</li> <li>- Europa muss die alleinige Betonung von Wettbewerbsfähigkeit und Reduzierung der Staatsverschuldung für alle überdenken. Insbesondere die Zukunft der Euro-Zone liegt nicht im wirtschaftlichen Wettbewerb der Mitgliedsländer. Eine gemeinsame Währung, die den Wechselkursmechanismus zum Ausgleich unterschiedlicher wirtschaftlicher Stärke von Staaten außer Kraft setzt, erfordert wirksame europäische Ausgleichsmechanismen und die Bereitschaft zu einem ständigen geregelten europäischen Krisenreaktionsmechanismus,</li> </ul>
--	--	--	---

			<p>um Krisensituationen aufzufangen.</p> <p>- Deswegen unterstützt die SPD die Idee eines Eurozonen-Budgets, das in wirksamer Höhe (z.B. 1 % der Wirtschaftsleistung der Euroländer) ausgestattet sein muss und durch EU-eigene Steuern (z.B. eine echte Finanztransaktionssteuer ) mitfinanziert werden könnte. Das Euro-Zonen-Budget muss durch einen Eurozonen-Ausschuss des Europäischen Parlaments kontrolliert und durch einen demokratisch legitimierten Eurozonen-Finanzminister verwaltet werden, damit im Krisenfall schnell und wirksam reagiert werden kann.</p> <p>- Es muss in der EU dringend zu mehr Steuergerechtigkeit kommen. Bis zu 70 Mrd Euro Einnahmen gehen den EU-Staaten durch Steuervermeidung der Internetkonzerne (z.B. Google, Facebook, Apple, Amazon) verloren. Deswegen unterstützen wir den Vorschlag der EU-Kommission, dass Unternehmen mit einem weltweiten Jahresumsatz von mindestens 750 Mio Euro und einem online-Umsatz von mindestens 50 Mio Euro eine Steuer auf ihre europäischen Umsätze und Gewinne tragen sollen, auch wenn sie keinen physischen Firmensitz in der EU haben.</p> <p>- Die Unternehmensbesteuerung in Europa muss harmonisiert werden, Steuerlücken sind zu schließen und Steueroasen trockenulegen. Die Regulierung des internationalen Finanzsektors einschließlich der Schattenbanken muss ausgebaut und nicht wieder abgeschwächt werden. Durch eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments ist die demokratische Kontrolle aller wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumente der EU zu gewährleisten.</p> <p>- Die „Sozialunion Europa“ darf sich nicht länger auf bloße Absichtserklärungen beschränken. Notwendig ist vor allem ein europäisches Projekt zur Armutsbekämpfung, damit für alle ein menschenwürdiges Leben auch in schwierigen Situationen (Arbeitslosigkeit, Krankheit u.a.m.) gesichert ist. Dazu bedarf</p>
--	--	--	---

			<p>es einer europäischen Rahmenrichtlinie zur Einführung angemessener Grundsicherungssysteme in allen Mitgliedsstaaten. Flächendeckende länderspezifische Mindestlöhne und eine zusätzliche europäische Arbeitslosenversicherung sind erste wichtige Schritte in diese Richtung.</p> <p>-Sofern internationale Handelsabkommen den Abbau von sozialen und ökologischen Standards ermöglichen und den Privatisierungsdruck auf die öffentliche Daseinsvorsorge erhöhen, wird die SPD solche Abkommen nicht mittragen. Dies gilt auch für die Einführung von Sonderklagerechten multinationaler Konzerne unter dem Deckmantel des „Investorenschutzes“. Die EU-Handelsabkommen mit afrikanischen Staaten müssen daraufhin überprüft werden, ob sie tatsächlich einen Nutzen für die dortige Bevölkerung haben oder einseitig wirtschaftlichen Interessen Europas dienen. Dies gehört auch zur „Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern“.</p> <p><b>Unsere Positionen zur wirtschaftlichen Rolle Deutschlands in Europa</b></p> <p>Deutschland muss ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht anstreben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Dauerhaft hohe Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands bedingen eine hohe Verschuldung der Defizitländer, das Risiko von Forderungsausfällen der deutschen Auslandsguthaben und zusammen daher hohe Risiken für den Fortbestand der Eurozone und der gemeinsamen Währung.</li> <li>- Der Weg zu außenwirtschaftlichem Gleichgewicht führt über die Erhöhung der öffentlichen und privaten Investitionen sowie der Binnennachfrage in Deutschland. Dies stärkt die Exportchancen unserer</li> </ul>
--	--	--	---

			<p>Partnerländer nach Deutschland und ermöglicht tendenziell die Reduzierung unserer Leistungsbilanzüberschüsse.</p> <p>- Der Investitions- und Modernisierungsbedarf der deutschen Volkswirtschaft ist enorm. Die SPD wird deswegen für eine klare und verantwortbare Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik eintreten.</p> <p>- Die vorhandenen finanziellen Spielräume müssen jetzt genutzt werden, um wesentlich mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, die Energiewende, die Umwelt, den sozialen Wohnungsbau und in Forschung und Bildung zu tätigen.</p> <p>- Gleichzeitig muss die zunehmende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland korrigiert werden – durch eine gerechtere Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung.</p> <p>- Die starke Ausweitung des Niedriglohnssektors in Deutschland muss zurückgenommen werden – durch die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse („Sozial-dumping“) und eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens 12 Euro pro Stunde.</p>
Eur6	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i>	Maßnahmen zur besseren Durchsetzung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen auf europäischer Ebene	zurückgezogen
Eur7	<i>Initiativantrag Forum Internationale Politik</i>	Für ein gleichberechtigtes und soziales Europa	(Erledigt)
Eur8	<i>Kreis IV Nord</i>	Unterstützung Knut Fleckenstein	(Erledigt)
Eur9	<i>Kreis IV Nord</i>	Engagement für die Europawahlen 2019 jetzt beginnen	(Erledigt)

Eur10	<i>Kreis IV Nord</i>	Steuertransparenz für große, international tätige Unternehmen auf europäischer Ebene	<p>Annahme</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p><b>Steuertransparenz für große, international tätige Unternehmen auf europäischer Ebene herstellen</b></p> <p>Die SPD soll sich auf bundespolitischer und europäischer Ebene für die Umsetzung des seit April 2016 bestehenden Vorschlags der Europäischen Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Herstellung von Steuertransparenz großer, international tätiger Unternehmen durch öffentlich einsehbare, länderspezifische Berichte über Einnahmen und Steueraufkommen einsetzen und dadurch zur Unterbindung von Steuervermeidungsstrategien mittels Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung beizutragen.</p>
Eur11	<i>Initiativantrag Vorstand St. Pauli Süd</i>	Maßnahmen zur besseren Durchsetzung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen auf europäischer Ebene	zurückgezogen
Eur12	<i>Initiativantrag MV Distrikt Niendorf</i>	Für ein gleichberechtigtes und soziales Europa	<p>Annahme geänderte Fassung:</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Nie zuvor stand die Europäische Union vor einer Zerreißprobe wie bei der Europawahl 2019. Es besteht die Gefahr, dass Europagegner und Euroskeptiker sowie rechtspopulistische Kräfte große Mehrheiten erringen können und damit Europa als Werte- und Rechtsgemeinschaft, ja auch als Friedensprojekt real gefährden.</p> <p>Deswegen muss die Europäische Union auf eine glaubwürdige nachhaltige Politik setzen: auf ökonomische und ökologische, aber vor allem auf eine Politik der sozialen Nachhaltigkeit. Armut und Arbeitslosigkeit haben auf diesem vergleichsweise reichen Kontinent keinen Platz. Vollbeschäftigung</p>



			<p>und gute Arbeit sind europäische Integrationsziele, Jugendarbeitslosigkeit in vielen EU- Staaten, menschenunwürdige Niedriglohnverhältnisse oder prekäre, aber auch befristete Beschäftigung prägen den europäischen Arbeitsmarkt.</p> <p>Für ein soziales Europa fordern wir:</p> <p>Die rechtliche Verbindlichkeit für die in der Europäischen Säule der Sozialen Rechte von 2017 festgelegten 20 Grundsätze und ihre Umsetzung in einem sozialen Aktionsplan, um ArbeitnehmerInnenrechte zu schützen und zu fördern und die soziale Annäherung in der Europäischen Union zu vertiefen</p> <p>Stärkung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, um den sozialen Zusammenhalt innerhalb und zwischen Gesellschaften zu verbessern, Erhöhung der Jugendgarantie und der Bildungsmittel im Europäischen Sozialfonds für die Herausforderungen durch die Digitalisierung</p> <p>Eine zusätzliche europäische Arbeitslosenversicherung.</p> <p>Europäische Mindeststandards bei Arbeitslosigkeit, für Grundsicherungssysteme, die Altersversorgung und Mindestlöhne. Hierfür sind zusätzliche EU-Mittel zur Unterstützung des Prozesses notwendig.</p>
--	--	--	---